

# Libyen rückt durch Flüchtlingskrise in den Fokus

15.02.2017

## Malta als Mittler für die Geschäftsanbahnung / Erdölförderung steigt / Von Christian Glosauer

Bonn (GTAI) -Die Zurückschlagung des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Syrien könnte auch für Libyen mittelfristig eine gute Botschaft sein. Seit Ende 2014 ist der IS in Libyen in Erscheinung getreten und hatte durch Anschläge auf Botschaften, Gastarbeiter und Erdölanlagen für Chaos gesorgt während er gleichzeitig versuchte, die Kontrolle über die Erdölwirtschaft des Landes mit den größten Reserven auf dem afrikanischen Kontinent zu gewinnen.

Obwohl die Lage in Libyen weiterhin unübersichtlich ist, wie unter anderem die jüngste Flugzeugentführung belegt, bleibt das Land weiterhin im Fokus. Zum einen spielt es eine Schlüsselrolle bei der Migrationsbewegung von Afrika nach Europa, worauf schon Muammar Gaddafi warnend hingewiesen hatte. Zum anderen liegt ein wirtschaftliches Potenzial derzeit brach, das allerorten Begehrlichkeiten weckt.

Immerhin gibt es auch gute Nachrichten aus der Schlüsselbranche Erdöl- und Gaswirtschaft. Die Fördermenge an Erdöl ist im Oktober 2016 erstmals seit längerem wieder über die Marke von 500.000 Barrel pro Tag (bpd) gestiegen und konnte auch im November 2016 mit 575.000 bpd abermals zulegen. Diese Zahlen geben Anlaß zur Hoffnung und liegen auch deutlich über den durchschnittlichen Fördermengen in den ersten drei Quartalen 2016 von 311.000 bis 370.000 bpd. Der Engpaß besteht allerdings nicht nur bei der Förderkapazität, sondern der Ölfluß wird vor allem von der Situation an den Exporthäfen Sidra, Ras Lanuf und Zuweitina bestimmt. Wer hier die Kontrolle hat, bestimmt wieviel Erdöl Libyen verkauft.

Angesichts der historisch guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Libyen überrascht nicht, dass Institutionen wie der unter dem Schirm des Afrikaverains der Deutschen Wirtschaft neu geschaffene Germany Malta Libya Business Encounter den Blick deutscher mittelständischer Unternehmen bei aller gebotenen Vorsicht wieder auf Libyen lenken wollen. Auf dem ersten Treffen in Malta im September 2016 konnten die Teilnehmer eine Bestandsaufnahme der Situation in Libyen und der Perspektiven für das Libyengeschäft und die Rolle Malts Revue passieren lassen. Der Business Encounter wird von dem deutschen Botschafter a.D. in Malta, Klaus-Peter Brandes, koordiniert. Weitere Veranstaltungen sind 2017 geplant (<http://www.afrikaverain.de> ▶).

Dabei kann Malta als traditioneller Mittler zwischen Europa und Libyen eine positive Rolle wie schon in der Vergangenheit spielen. Dies gilt umso mehr, als in Libyen die meisten westlichen Vertretungen aus Sicherheitsgründen derzeit noch geschlossen sind. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Libyen und Malta sind auch nach dem Sturz Gaddafis 2011 nicht abgebrochen. Libysche Geschäftsleute haben in der Krise in Malta Zuflucht gefunden und maltesische Unternehmer sind bei allen Problemen weiterhin in Libyen aktiv, so der maltesische Außenminister George W. Vella auf dem Treffen in Valletta.

Malta sieht für sich eine Rolle als Fürsprecher und Mittler Libyens gegenüber der Europäischen Union. Dabei stützt sich der Inselstaat, der nur 290 km nördlich von der libyschen Küste liegt, auf seine seit Jahrhunderten bestehenden Beziehungen zu Libyen, die sich auch in kulturellen Parallelen nicht erschöpfen. Malta, das seit 2004 Mitglied der EU und des sog. Schengen-Raums ist, wird auch von Libyen als eine Art Tor zur EU angesehen. Allerdings steht der wirtschaftliche Austausch nicht immer im Vordergrund des Interesses. Junge, ausreisewillige Libyer sehen Malta als "weichen" Zugangspunkt zur EU. Derzeit sollen die Anträge junger Libyer für Schengen-Visa bei etwa 200 täglich liegen.

## LIBYEN RÜCKT DURCH FLÜCHTLINGSKRISE IN DEN FOKUS

Für die Mittlerrolle Maltas kommt daher die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Valetta 2017 sehr gelegen. Anfang Februar 2017 hat in der Hauptstadt ein EU-Gipfel stattgefunden, der das drängende Thema des Migrationsdrucks aus Afrika in die EU thematisierte. Die EU hat im Dezember 2016 im Rahmen des EU Emergency Trust Fund for Africa Projekte im Wert von 37 Mio. Euro beschlossen, mit denen Migranten "geschützt" und Migrationsströme "gemanagt" werden sollen. Auf Libyen entfallen davon 20 Mio. Euro, die von der Internationalen Organisation für Migration verwaltet werden.

Die deutsche Wirtschaft tätigt weiterhin Geschäfte mit Libyen, wenn auch im Vergleich zu früheren Glanzzeiten auf deutlich niedrigerem Niveau. Im Zeitraum Januar bis November 2016 lag die deutsche Ausfuhr bei 268,9 Mio. Euro. Das stellte abermals einen Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum dar, in dem für 327,5 Mio. Euro exportiert wurde. Noch in den Vorkrisenjahren 2008 und 2009 lag die Ausfuhr jeweils über 1 Mrd. Euro, was das Potenzial aus deutscher Sicht deutlich macht. Inzwischen hat sich bei den Infrastrukturinvestitionen ein enormer Nachholbedarf aufgestaut, so daß bei einer Normalisierung mit einem kräftigen Schub bei den Verkäufen gerechnet werden kann. Dennoch sind die absoluten Zahlen der Exporte bei Würdigung der Rahmenbedingungen wie konkurrierende Machtzentren in Libyen, geringe Erdölförderung und angespannte Sicherheitslage durchaus vorzeigbar.

Mitte 2016 haben die Vereinten Nationen unter Führung der United Nations Development Programme (UNDP) die Stabilization Facility for Libya (SFL) ins Leben gerufen, um dringende Investitionen in libysche Infrastruktur wie Gesundheits- oder Wasserversorgung zu finanzieren. Deutschland hat sich mit 10 Mio. US\$ über zwei Jahre an dem Programm beteiligt.

Der Fonds wird von UNDP zusammen mit der in Tripolis ansässigen sogenannte Regierung der Nationalen Einheit (Libyan Government of National Accord) verwaltet. Die Mittel sollen Städten und Gemeinden im ganzen Land zu Gute kommen. Finanziert werden die Rehabilitierung von Kliniken, Wasserwerken, Müllentsorgung, Kraftwerken, Elektrizitätsnetzen und Sicherheitsinfrastruktur wie zum Beispiel Polizeistationen. Einen Rückschlag für die Regierung der Nationalen Einheit war das Mißtrauensvotum durch das im Osten des Landes in Tobruk ansässige Parlament. Tatsächlich ist der im Namen der westlibyschen Regierung behauptete Anspruch, für alle Libyer zu sprechen, noch nicht verwirklicht.

Der SFL verfolgt derzeit zwei Projekte im Land, die Rehabilitierung des Al-Kwifia-Krankenhauses in Benghazi ([http://procurement-notices.undp.org/view\\_notice.cfm?notice\\_id=34923](http://procurement-notices.undp.org/view_notice.cfm?notice_id=34923) ▶) und den Wiederaufbau der Markthalle in der Oasenstadt Obari ([http://procurement-notices.undp.org/view\\_notice.cfm?notice\\_id=35044](http://procurement-notices.undp.org/view_notice.cfm?notice_id=35044) ▶).

Angesichts der aufgelaufenen Defizite in der Infrastruktur kann der SFL natürlich nur eine Nothilfe für besonders drängende Probleme darstellen. Grundsätzlich ist Libyen ein reiches Land, das leicht selbst seine Entwicklung finanzieren könnte. Die Liste der noch zu Zeiten der Gaddafi-Regierung verfolgten Projekte ist lang und umfasst neben der Erdöl- und Gaswirtschaft unter anderem große Vorhaben in Energieversorgung (einschließlich erneuerbare Energien), Wasserwirtschaft (Entsalzungsanlagen), Verkehr (zwei große Eisenbahnstrecken von Ost nach West und Nord nach Süd) und Bergbau. Mit der Etablierung eines einheitlichen Machtzentrums im Lande und der landesweiten Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, werden diese Vorhaben mit Sicherheit wieder angesprochen. Derzeit sind allerdings alle größeren Projekte im Lande gestoppt. Einige wenige Vorhaben wie das Mellitah Oil & Gas Bahr Essalam Development Project im Wert von 2,6 Mrd. US\$, das als Offshore-Projekt von der Situation auf dem Festland nicht so stark tangiert wird, werden fortgesetzt.

(C.G.)



Christian Glosauer | ©  
GTAI/Rheinfoto

### KONTAKT

Christian Glosauer

☎ +49 228 24 993 454

✉ [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.